

# „Gewöhnung an Grenzüberschreitungen im medialen und politischen Diskurs“

Das Gespräch führte Kristina Langeder.



FOTO: Simon Weiehl

**Rechtspopulistische Parteien verstärken vorhandene Ängste und Ohnmachtsgefühle, bedienen Feindbilder und betreiben damit Politik. Der Politikwissenschaftler Bernhard Weidinger im Gespräch über Strategien und aktuelle Entwicklungen.**

**Kranich:** Im Feld rechter Politik gibt es eine Vielfalt von Begriffen, die durchaus nicht einheitlich verwendet werden – das Spektrum reicht etwa von rechtspopulistisch, rechtskonservativ, rechtsextrem hin zu den sogenannten „Neuen Rechten“. Worin liegen die Unterschiede und worin die Gemeinsamkeiten zwischen diesen Begrifflichkeiten?

**Weidinger:** Die offensichtliche Gemeinsamkeit liegt darin, dass alle vier Begriffe auf rechte Ideologie verweisen, deren Kern in der Behauptung der Ungleichheit der Menschen, in der Gemeinschaftsstiftung durch Ausgrenzung und im Autoritarismus besteht. Die „Neue Rechte“ bezeichnet einen Ausschnitt der extremen Rechten, rechtskonservativ und rechtspopulistisch können als Übergangsstufen zum Rechtsextremismus verstanden werden.

**Kranich:** Populistische Parteien, und in Europa sind es vor allem rechtspopulistische Parteien, verstehen es, WählerInnen zu mobilisieren. Woran liegt das?

**Weidinger:** Dafür ist eine Reihe von Faktoren verantwortlich, deren Bedeutung von Land zu Land variiert. Ein gemeinsamer Nenner ist die Ausnutzung und Verstärkung vorhandener Ängste und Ohnmachtsgefühle. Überall anzutreffen ist auch die doppelte Abgrenzung nach oben – die „abgehobenen Eliten“, die „das Volk verraten haben“ – und nach unten, gegen als „fremd“ punzierte Gruppen wie Geflüchtete oder Musliminnen und Muslime. Entlang dieser beiden Feindbilder werden Versprechungen gemacht, die den Menschen soziale und physische Sicherheit, Anerkennung und Geborgenheit verheißten, wenn auch auf Kosten der ausge-

grenzten „Anderen“. Parteien der Linken und der Mitte nähern sich diesen rechten Erzählungen oft an oder schaffen es zumindest nicht, überzeugende Gegenerzählungen anzubieten.

**Kranich:** Eine Abgrenzung nach „unten“ – betrifft das nur die als „fremd“ konstruierten Gruppen, oder auch zum Beispiel einkommensschwache oder arbeitslose Menschen? Wenn ja, wie passt das zu der Inszenierung rechtspopulistischer AkteurInnen als Verteidiger des „kleinen Mannes“?

**Weidinger:** Das ist von Partei zu Partei unterschiedlich – hier findet sich alles von einer Politik für die vermeintlichen „Leistungsträger“, die weitgehend mit konservativen und liberalen Programmen kompatibel ist, bis hin zu nationalem Quasi-Sozialismus. Der erste Ansatz will von unten nach oben umverteilen,

der zweite von den „Fremden“ zu den VolksgenossInnen. Die FPÖ verfolgt derzeit beide Ziele zugleich.

**Kranich: Nach Wahlen, bei denen rechte Parteien gute Ergebnisse einfahren oder anschließend in die Regierungsverantwortlichkeit kommen, ist stets von einem „Rechtsruck“ die Rede. Das suggeriert eine abrupte Veränderung. Handelt es sich nicht vielmehr um eine graduelle Grenzverschiebung, die den politischen Meinungsbildungsprozess beeinflusst und in Wahlergebnissen sichtbar wird?**

**Weidinger:** Tatsächlich handelt es sich um langwierige Entwicklungen, die einander wechselseitig befeuern: Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien, Gewöhnung an Grenzüberschreitungen im medialen und politischen Diskurs, Hatespeech im Internet, steigende Zahlen bei rassistisch oder antisemitisch motivierter Kriminalität. Zweifellos hat sich in Österreich und anderen Ländern die politische und gesellschaftliche Mitte vor diesem Hintergrund in den letzten Jahrzehnten stark nach rechts verschoben.

**Kranich: In Österreich haben wir aktuell zum zweiten Mal eine Koalition zwischen FPÖ und ÖVP. Inwiefern unterscheidet sich diese Regierung von jener der Jahre 2000 bis 2005?**

**Weidinger:** Beide Parteien stehen weiter rechts als damals. Insbesondere die FPÖ hat, nicht zuletzt aufgrund der enormen Stärkung des Burschenschaftler-Einflusses unter Strache, ein anderes Gesicht als damals. Bei ihrem Vorhaben, diesmal tatsächlich „freiheitliche Politik“ zu machen, kommt ihr die weitreichende Annäherung des Koalitionspartners an ihr Programm entgegen. Gleichzeitig ist die Opposition gegenüber damals stark geschwächt worden.

**Kranich: In dieser Bundesregierung finden sich mehr Korporierte als je zuvor. Was sind Burschen- und Mädelschaften und wie sind diese einzustufen?**

**Weidinger:** In der Regierung finden sich mit Strache und Hofer zwei Burschenschaftler. Massiert treten die völkischen Korporierten in der Reihe dahinter auf, in den Ministerkabinetten. Auch zwei der nun installierten Generalsekretäre – just in den Ministerien von Strache und Hofer – sind korporiert. Nicht

alle „national-freiheitlichen“ Verbindungen und schon gar nicht all ihre Mitglieder können über einen Kamm geschoren werden. Was sie aber eint, sind allem voran der Deutschnationalismus, der Elitarismus und die Männerbündelei. Letzteres gilt natürlich nicht für die Damenverbindungen, die aber ideologisch den männlichen durchaus vergleichbar sind.

**Kranich: Im Jänner 2018 wurden antisemitische und NS-verherrlichende Auszüge aus einem Liederbuch der Burschenschaft Germania publik, der zu diesem Zeitpunkt auch der FPÖ-Spitzenkandidat für die niederösterreichische Landtagswahl, Udo Landbauer, angehörte. HC Strache war am kurz darauf stattfindenden „Akademikerball“ um Distanzierung bemüht. Als wie glaubwürdig schätzen Sie solche und ähnliche Distanzierungen ein?**

**Weidinger:** An rhetorischen Distanzierungen hat es in der FPÖ der Strache-Ära nie gemangelt. In der politischen Praxis und der Personalpolitik finden die entsprechenden Bekenntnisse aber wenig Niederschlag. Wenn die Strache-Rede aber der Startschuss für eine tatsächliche selbstkritische Aufarbeitung und entsprechende Konsequenzen daraus sein sollte, wäre das natürlich sehr begrüßenswert.

**Kranich: Nach dem Liederbuch-Skandal beschwichtigte Bundespräsident Alexander van der Bellen: Man solle abwarten, „was die Regierung wirklich tut“. Auch nach dem Wahlsieg Donald Trumps im November 2017 wurde dazu aufgerufen, ihn an seinen Taten und nicht an seinen Worten zu messen. Wie sehen Sie das?**

**Weidinger:** Tatsächlich scheint der Forderung, Regierungen an ihren Taten zu messen, die Hoffnung innewohnen, es werde schon nicht so heiß gegessen wie gekocht. Natürlich ist davon auszugehen, dass sich – zumal in einer Koalitionsregierung – in Regierungsverantwortung nicht alles umsetzen lässt, was aus der Oppositionsrolle heraus angekündigt wurde. In europapolitischen Fragen, bei TTIP oder der direkten Demokratie stößt die FPÖ koalitionsintern auf viel Gegenwind. In Fragen von Migration und Integration herrscht dagegen großer Gleichklang.

**Kranich: Es gehört zum Repertoire rechtspopulistischer Diskursstrategien, durch gezielt platzierte Provokationen einerseits Aufmerksamkeit zu generieren und andererseits die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Das stellt KritikerInnen vor ein Problem: Empörte Reaktionen können einerseits die von rechtspopulistischen AkteurInnen gewünschte Aufmerksamkeit erzeugen und zur Wiederholung und Verfestigung der Aussagen beitragen, andererseits sind sie notwendig, um der Normalisierung grenzwertiger Äußerungen entgegen zu wirken. Wie kann man also kritisch auf solche Strategien reagieren?**

**Weidinger:** Das ist in der Tat eine Gratwanderung. Es gibt absolute Grenzen, die zum Teil auch strafrechtlich abgesteckt sind, wie etwa im Fall der Holocaustleugnung. In anderen Fällen scheint es mir wichtig abzuwägen, wie relevant der oder die jeweilige Akteur/-in ist. Bei Äußerungen, die offenkundig dazu dienen sollen, einer ansonsten bedeutungslosen Gruppierung Aufmerksamkeit zu verschaffen, halte ich andere Reaktionen für angezeigt als etwa im Fall einer Regierungs- oder Parlamentspartei.

**Kranich: Welche Reaktionen meinen Sie beispielsweise?**

**Weidinger:** Wenn alle Medien des Landes eine Woche lang über einen verwirrten Mann berichten, der in Hitler-Adjustierung durch Braunau streift, oder wenn schwarz-gelbe Neofaschisten ein Bettlaken auf ein Baustellengitter hängen und damit in die Zeitung kommen, halte ich das für übertrieben. Gleichzeitig ist man bei politisch sehr relevanten Kräften oftmals zurückhaltend und spricht oder schreibt von Rechtspopulismus, wo der Begriff des Rechtsextremismus angemessen wäre.

**Kranich: Vielen Dank für das Gespräch.**

**Dr. Bernhard Weidinger** studierte Politikwissenschaft in Wien und Granada, ist Mitarbeiter der Rechtsextremismusabteilung am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) in Wien und Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU). Er ist Autor des Buches „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945.“ (Wien:Böhlau 2015).